

Samuel Salzborn

Kampf der Ideen

Die Geschichte politischer Theorien im
Kontext

2. Auflage



Nomos

Samuel Salzborn

Kampf der Ideen

Die Geschichte politischer Theorien im
Kontext

2., aktualisierte Auflage



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-4137-3 (Print)

ISBN 978-3-8452-8446-0 (ePDF)

2., aktualisierte Auflage 2017

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	7
I. Theorie, Methodologie und Methode	11
1. Der Kampf der Ideen als Kampf um Ideen. Oder: Wie und warum entstehen politische Theorien?	11
2. Westen. Osten. Norden. Süden. Zum weltgeschichtlichen Zusammenhang politischer Theoriebildung	27
II. Die Ordnung der Moderne: Versprechen, Ambivalenzen, Widersprüche	43
3. Das Versprechen der Aufklärung: die Emanzipation zum Individuum und Subjekt	43
4. Der Kampf um und gegen die liberale Weltordnung im 18. und 19. Jahrhundert	57
a) Anarchistische Radikalisierungen	61
b) Konservative (Präventiv-)Reaktionen	63
c) Sozialistische Gleichheitsforderungen	70
d) Republikanismus zwischen Partizipationserweiterung und Gemeinschaftsregression	74
e) Antikoloniale Abwehr	78
5. Die Vernichtung der Ambivalenz: Vom Überlegenheitsdenken zur totalitären Ideologie	81

III. Irritationen, Bruchlinien und Erweiterungen: Chancen für eine „zweite Moderne“?	99
6. Die „Verdammten dieser Erde“: Zwischen Befreiung, Emanzipation und Regression	101
a) Herrschaft und Imperium	103
b) Unterdrückung und Befreiung	106
c) „Rasse“, Antirassismus und Postkolonialismus	112
d) Das „andere Geschlecht“	117
7. Globalisierung(en): Der Kampf um Deutungshoheiten	125
a) Paradigma Umwelt- und Naturschutz	125
b) Paradigma Deliberation	132
c) Paradigma Demokratisierung	137
IV. Das „Sein und das Nichts“: Das verlorene Subjekt der Emanzipation	145
8. Der Hass auf die Moderne: Antiamerikanismus, Islamismus, Antisemitismus	146
9. Der Blick zurück als Blick nach vorn: Die Entstehung und der Zerfall politischer Ordnungen	159
Literatur	171

Einleitung

Das vorliegende Buch ist eine einführende Überblicksdarstellung zur Geschichte der Politischen Theorien in der Moderne, es ist aber kein Lehrbuch. Worin liegt der Unterschied? Ein Lehrbuch versucht, das Wissen, das in einem wissenschaftlichen Teilbereich zusammengetragen wurde, kompakt und möglichst vollständig zu versammeln, dokumentiert dabei Kontroversen der Forschung und interveniert vor allem dadurch, dass es eine Strukturierung des jeweiligen Teilgebietes vorschlägt, hält sich aber weitgehend mit Elementen zurück, die neue Forschungsansätze einbringen. Wenngleich der Anspruch dieses Buches *auch* darin besteht, wesentliche Linien der Forschung im politikwissenschaftlichen Teilgebiet Politische Theorie und Ideengeschichte darzustellen und insofern den einführenden Charakter mit einem Lehrbuch teilt, so sind die hier vorgeschlagenen Lesarten der Geschichte des politischen Denkens allerdings keineswegs konsensual in der Teildisziplin, sondern schlagen einen anderen Weg ein, als gewöhnlich.

Grundsätzlich gibt es drei Wege, wie die Geschichte des politischen Denkens erzählt werden kann: personen-, problem- oder kontextorientiert. Ein Großteil der aktuell vorliegenden Darstellungen zur Politischen Theorie und Ideengeschichte wählt den ersten Weg und stellt das Denken wichtiger Theoretikerinnen und Theoretiker vor und versucht, die Bezüge und Abgrenzungen zwischen den Denkansätzen herauszuarbeiten. Die zweite Variante richtet den Blick auf Schlüsselthemen der politischen Theorie wie z.B. Macht, Herrschaft, Staat, Demokratie, Gerechtigkeit usw. und strukturiert entlang dieser Problem- bzw. Themenfelder die Darstellung, so dass der Blick auf ein Thema im Gang durch die Geschichte des politischen Denkens dargestellt wird. Der dritte Weg, der auch in dieser Darstellung gewählt wird, richtet sein Hauptaugenmerk auf die Kontexte des politischen Denkens, versucht also, eine historische Rekonstruktion der politischen und sozialen Bedingungen, die zur Entstehung und Veränderung von politischen

Theorien geführt haben als Kontext der politischen Theorienbildung selbst mit in den Blick zu nehmen.

Die Wahl dieses Weges bringt es mit sich, dass die Tiefenbohrungen in das Werk einzelner Theoretiker/innen, wie sie beispielsweise in beeindruckender Weise von Klaus von Beyme (2009), André Brodocz und Gary S. Schaal (2009), Henning Ottmann (2001ff.) und Walter Reese-Schäfer (2011, 2012) in ihren einführenden Darstellungen zur Politischen Theorie und Ideengeschichte vorgenommen werden, hier nicht durchgeführt werden können und sollen. Wer eine intensive Auseinandersetzung mit dem Werk einzelner Theoretiker/innen sucht, sollte insofern ergänzend auf die genannten Darstellungen zurückgreifen – und dann selbstredend die Originaltexte studieren. Die Problemorientierung, wie man sie unter anderem sehr lesenswert in den Darstellungen von Gerhard Göhler, Mattias Iser und Ina Kerner (2004), Marcus Llanque und Herfried Münkler (2007), Gisela Riescher (2014) und Herfried Münkler und Grit Straßenberger (2016) oder, exemplarisch mit Blick auf das Subthema Demokratietheorie, auch an anderer Stelle vom Autor dieses Buches findet (Salzborn 2012 a), ist systematisch geeignet, um mit Blick auf den konkreten Gegenstand und damit die jeweilige Unterrubrik im Bereich der politischen Theorien ein fundiertes Wissen über den Stand der Debatten und vor allem ihre Pluralität und Kontroversität zu erlangen.

Der Weg dieses Buches ist aber der der Kontextorientierung, der auch deshalb nicht die Wege weiterverfolgt, die gegenwärtig im Teilgebiet Politische Theorie und Ideengeschichte im deutschen Sprachraum mehrheitlich beschritten werden, weil diese Wege bereits eingelaufen und gut befestigt sind, so dass es das Anliegen des Verfassers ist, neue Wege zu erproben und einen Vorschlag für eine unkonventionelle und damit vielleicht auch innovative Darstellung der Geschichte politischer Theorien zu formulieren, die den Versuch unternimmt, eine metatheoretische Skizze zur Entstehung und Wechselwirkung politischer Theorien im internationalen Rahmen zu formulieren. Diese Darstellung unterscheidet sich vor allem in zwei Aspekten von anderen Ansätzen: Erstens wird der Versuch unternommen, methodologisch stark angelehnt an das

nach wie vor unerreichte fünfbändige Werk *Pipers Handbuch der politischen Ideen*, das Iring Fetscher und Herfried Münkler (1985ff.) herausgegeben haben, politische Ideen in ihren politischen und sozialen Kontexten zu lesen (ähnliche Ansätze verfolgen auch Llanque 2008 und Lieber 1991) und damit zu zeigen, dass sie Ausdruck von wie Inspiration für gesellschaftliche und politische Konflikte waren und insofern keine „neutralen“ Ideen existieren, sondern sich diese immer und fortwährend in einem Kampf miteinander befinden – einem Kampf um Deutungshoheit und damit letztlich um politische und gesellschaftliche Macht. Zweitens scheint es, nachdem besonders die feministische und die postkoloniale Politische Theorie zum Teil seit Jahrzehnten die verengte Kanonisierung in der politikwissenschaftlichen Teildisziplin Politische Theorie und Ideengeschichte beklagen, aus der weibliche und/oder nicht-westliche Denker/innen ausgeschlossen wurden und werden, angemessen, den Blick auf die Geschichte der politischen Theorien über den männlich geprägten, europäisch-amerikanischen Tellerrand hinaus zu richten und den Versuch einer gesellschaftstheoretisch argumentierenden Globaldarstellung der politischen Theorien zu unternehmen.

Dass dies nur ein Versuch sein kann, ist selbstverständlich: Viel zu limitiert sind die notwendigen Voraussetzungen beim Verfasser dieser Darstellung, allen voran mit Blick auf den nur kleinen Teil von Sprachen, die zu rezipieren möglich ist. Insofern werden *alle* Expertinnen und Experten der jeweiligen regionalen oder zeitlichen Themenfelder sicher Aspekte finden, die besser, umfassender und präziser dargestellt werden könnten. Aber: Das Buch ist eine Einladung zur Debatte und verfolgt die Hoffnung, dass gerade dieser Versuch auch zu einem Umdenken im Bereich der Politischen Theorie und Ideengeschichte beitragen kann, die eingelaufenen Wege weiter zu überdenken und damit die Globalpfade der politischen Theorien kenntlicher werden zu lassen, als dies im deutschen Sprachraum bisher der Fall ist.

Diese Arbeit verdankt ihre Entstehung vieler (Theorie-)Impulse in den letzten Jahrzehnten, von denen besonders die Anregungen und Inspirationen von Wolfgang Kreutzberger, Anton Pelinka, Rü-

diger Voigt, Walter Reese-Schäfer und Alexandra Kurth unverzichtbar waren; ihnen gebührt mein herzlicher Dank.

I. Theorie, Methodologie und Methode

1. Der Kampf der Ideen als Kampf um Ideen. Oder: Wie und warum entstehen politische Theorien?¹

Politische Theorien entstehen in der Absicht, politische Ordnungen zu verändern – oder sie vor Veränderungen zu bewahren. Ganz gleich, ob die Änderungsabsicht genereller oder punktueller Natur ist oder ob Veränderungen abgewehrt oder rückgängig gemacht werden sollen, bildet stets ein Konflikt um konkurrierende Wahrnehmungen von politischer Legitimität das zentrale Motiv für die Formulierung von politischen Theorien. Denn nur gesellschaftliche Systeme und politische Ordnungen, in denen Legitimitätskonflikte und Interessendifferenzen existieren, generieren die Notwendigkeit zur Reflexion über die Ursachen für Defizitwahrnehmungen durch einzelne gesellschaftliche Gruppen, die über Ein- und Ausschluss in Macht- und Herrschaftskontexten entscheiden (vgl. Jörke 2011).

Die Wahrnehmung dieser Ein- und Ausschlüsse sind, wie David Easton (1965, 1975) auf der systemischen und Gabriel A. Almond & Sidney Verba (1963, 1980) auf der kulturellen Ebene gezeigt haben, zentral für die subjektive Bewertung politischer Ordnungen und die daraus resultierende politische (Nicht-)Unterstützung, die nach ihren Objekten (*political community, regime, political authorities*) und nach ihren Arten (*specific support, diffuse support*) differenziert werden kann, die wiederum die Basis für multiple Bewertungen der politischen Ordnungen bieten und ihrerseits Grundlage für Fragen von Legitimation wie Delegitimation bilden, wobei die Spannweite sozialwissenschaftlicher Forschung dabei von psychologischen (vgl. im Überblick: Jost/Major 2001) über soziale

1 Teile dieses Kapitels wurden am Institut für Philosophie in Oldenburg und am Institut für Politikwissenschaft in Augsburg vorgestellt und diskutiert. Ich danke allen Kolleg(inn)en für ihre Anregungen, insbesondere Ingo Elbe, Sven Ellmers und Ulrich Ruschig sowie Marcus Llanque, Frauke Höntzsch, Martin Oppelt, Paul Sörensen und Katja Teich.

(vgl. im Überblick: Berger/Zelditch 1998; Berger/Ridgeway/Fisek/Norman 1998) bis zu politischen Dimensionen (vgl. im Überblick: Barker 1990; Cohen/Toland 1988; Muller/Jukan/Seligson 1982; Plasser/Ullram/Waldrauch 1997; Westle 1989) reicht und jede dieser als konflikthaft wahrgenommenen Dimensionen zu sozialen Eruptionen und damit zur Formulierung von politischen Theorien führen kann.

Am deutlichsten zeigen sich die Legitimitätsauseinandersetzungen sicher in der Geschichte der klassischen politischen Theorien des Liberalismus, des Sozialismus und des Konservatismus, deren Konflikte im 18. und 19. Jahrhundert die rechtlichen, sozialen und ökonomischen Konflikte der europäischen Gesellschaften des Zeitalters der Aufklärung theoretisch zu reflektieren, aber eben jeweils auch das eigene Agieren zu legitimieren versuchten (vgl. Göhler/Klein 1991; Lenk/Franke 1987; Llanque 2008). Aber auch beispielsweise die Entstehung der Systemtheorie im Kontext einer fortschreitenden Formalisierung und Bürokratisierung in der Mitte des 20. Jahrhunderts zeigt deren Evidenzen als Herrschaftsstabilisierungsideologie, die Konflikte zu neutralisieren versucht. Insofern sind in politische Theorien immer politische und soziale Konflikte von Gesellschaften als Legitimitäts- und Interessenkonflikte eingeschrieben, die den sozialkulturellen und historischen Kontext ihrer Formulierung geprägt haben.

Liegen die Entstehungsbedingungen für politische Theorien in politischen und sozialen Konflikten begründet, so sind sie auch die Ursache für die Wirkmächtigkeit von politischen Theorien über den engen, historischen Kontext hinaus. Denn allein der Umstand, dass eine Idee politisch-theoretisch konzeptioniert und von einer Gruppe von Intellektuellen und politisch Aktiven akzeptiert und forciert wird, klärt nicht ihre legitimatorische Durchsetzungsstärke. Das zeigt beispielsweise die Geschichte des Anarchismus, der um 1850, 1915 und 1930 in Europa bzw. Russland durchaus starke theoretische wie gesellschaftliche Kräfte mobilisieren konnte, es aber nie zu einer Durchsetzung seiner Vorstellungen gebracht hat, eben weil er als Konzept und Praxis letztlich doch nur einer verschwindenden Minderheit akzeptabel erschien.

In dem Maße, wie ein Ordnungskonzept in der politischen Theorie – zumindest in seinen wesentlichen Grundzügen – vorformuliert werden muss, bevor es realisiert werden kann, ist diese theoretische Konzeptionierung auch Folge von gesellschaftlichen und politischen Krisenerscheinungen, sei es in legitimierender oder delegitimierender Absicht der jeweiligen Ordnung. Zur praktischen Realisierung einer theoretischen Ordnungsvorstellung reicht freilich der Gedanke nicht aus, sondern es muss zu einer zur politischen Programmatik verdichteten Idee immer eine gesellschaftliche Elektrisierung kommen: Das Bündnis aus „Elite“ und „Masse“ ist unausweichlich, soll eine neue Ordnungskonzeption verwirklicht werden oder eine bestehende gegen sie revolutionierende Vorstellungen geschützt werden. Die Frage nach (In-)Stabilität und (De-)Legitimierung wird dabei im diffizilen Zusammenspiel sehr unterschiedlicher Dimensionen bewusster (vor allem politischer und rechtlicher), vor- und teilbewusster (vor allem sozialer) und unbewusster (vor allem psychischer) Strukturen im Interaktionsverhältnis von Individuum, Gruppe und Masse entschieden, die auf multidimensionale Weise Stabilität oder Labilität bestehender politischer Ordnungen und Attraktivität bzw. Unattraktivität gedachter Alternativen beeinflussen. In den Worten von John DeLamater u.a. (1969) kombinieren sich funktionale und normative Motive für eine Bindung an eine politische Ordnung mit symbolischen Elementen. Je nachdem, welche Faktoren im Zusammenspiel mit anderen wirkungsmächtig werden, fällt die weitere Entwicklung aus, wobei neben der systemischen Dimension einer Gesellschaft auch immer außersystemische Faktoren eine Rolle spielen (wie beispielsweise bei Androhung einer militärischen Intervention von Außen und das mit dieser verbundene Potenzial zur Realisierung physischer Gewaltsamkeit) (vgl. Voigt 2008; Salzborn/Zapf 2015).

Dass theoretische Konzepte, Entwürfe und Kritiken nicht nur im historischen Kontext diskutiert und damit zeitgenössisch zu relevanten Theorien werden, sondern auch in der Gegenwart fortwährend präsent bleiben, hat seine Ursache in der faktischen Wirkmächtigkeit von politischen Theorien, die sich im Zusammenspiel

aus einer individuell-biografischen *und* einer sozialhistorischen Dimension ergibt: Politische Konzepte, die ohne Bindung an soziale Bewegungen als ihre Trägerinnen formuliert werden, verlieren im Zeitenlauf ihre Intensität und verblassen damit zunehmend, bleiben letztlich zwar historisch von Interesse, aber eben nicht mehr politisch. Langfristig wirkmächtige Theorien sind nur jene, die *konkrete* und *abstrakte* Momente der Analyse und Interpretation verbinden, also einerseits einen historischen Zeitkern haben und in ihrem konkreten politischen Kontext etwas zur empirischen oder normativen Aufklärung präsender Konfliktkonstellationen beitragen, zugleich aber einen überzeitlichen Wahrheitskern inkorporieren, der in seiner Abstraktheit Anschlussfähigkeit für andere räumliche und zeitliche Kontexte bietet. Sind die Texte nur konkreter Natur und analysieren etwa Konflikte im politischen System oder der internationalen Beziehung, sind sie vor allem historisch von Interesse. Fokussieren sie ohne Referenz auf ihren zeitlich-räumlichen Kontext allein auf abstrakte Probleme, tendieren sie dazu, philosophische Bedeutung zu entfalten. Allein die Verbindung aus abstrakten und konkreten Analyseaspekten macht theoretische Analysen potenziell langfristig wirkmächtig. Denn das Spezifikum von politischen Theorien in ihrer Fortwirkung über ihren sozialhistorischen Kontext hinaus liegt genau darin, erfolgreich wesentliche Struktur- und/oder Funktionselemente ihrer jeweiligen Gesellschaft erkannt und erfasst zu haben *und* damit kleinere oder größere Teile der politischen Kulturen eines politischen Ordnungskontextes oder einzelner subkultureller Strukturierungen der jeweiligen Gesellschaften zu politischem Handeln motiviert oder, anders herum, dieses (de-)legitimiert zu haben.

Im Zusammenhang von zeitgenössischer Diskurs- und Wirkmächtigkeit politischer Theorien und ihrer fortwährenden Nutzung auch nach Überschreiten ihres unmittelbaren gesellschaftlichen Zenits, liegt die verdoppelte methodologische Herausforderung der Analyse von politischen Theorien. Die Relevanz der Auseinandersetzung mit politischen Theorien stellt sich deshalb in doppelter Hinsicht, eben weil es zugleich darum geht, einen Zugang sowohl mit Blick auf den historischen Standort von Theorien als abstrakte

Versuche, Politik und Gesellschaft zu analysieren bzw. zu interpretieren, zu entwickeln, wie auch darum, die (instrumentelle) Nutzung von historischen Theorien für gegenwärtige Politik greifbar zu machen. Udo Bernbach (1981, 1984) hat für diesen Ansatz einer gesellschaftstheoretisch und sozialhistorisch reflektierenden Theorieanalyse den Begriff der Theoriengeschichte vorgeschlagen, der im Unterschied zum Begriff der Ideengeschichte weniger die vermeintliche Genialität einzelner Personen („großer Männer“) und ihrer scheinbar kontextlosen „Ideen“ in den Mittelpunkt rückt, sondern die historische Kontextgebundenheit von Theorieentwicklung betont und dafür plädiert, die Auseinandersetzung mit politischen Theorien – wie Gesine Schwan (2010) argumentiert hat – auch im Sinne der politischen Kulturforschung nach ihren sozialen Kontextbedingungen zu befragen. Es geht, so die hier formulierte zentrale These, beim *Kampf der Ideen* auch um den *Kampf um Ideen*.

Die Methoden der Arbeit mit politischen Theorien haben es insofern mit der Theoriengeschichte als Arsenal für Politik wie Politikwissenschaft zu tun (vgl. Münkler 2006; Llanque 2008, 2010): Einerseits, weil sich durch die Analyse politischer Theorien politische und soziale Konflikte rekonstruieren und die jeweilige Wirkmächtigkeit von Theorie im handgreiflichen Sinne zeigen lässt. Andererseits, weil sich politische Akteure aus diesem Arsenal der Theorien für gegenwärtige Auseinandersetzungen fortlaufend bedienen, sie instrumentell einsetzen, simplifizieren und damit Theorien in einen neuen sozialen Kontext einbinden. Dieser neue Kontext wirft abermals die Frage nach dem impliziten und expliziten Interesse, das mit der Neujustierung einer Theorie verbunden ist, auf.

Marcus Llanque (2010: 100) hat die Charakteristik der Theorien- und Ideengeschichte funktional als „Archiv und Arsenal“ bestimmt. Damit knüpft er an das Begriffsverständnis von Herfried Münkler (2006: 103) an, der zuvor die Metapher von *Archiv* und *Laboratorium* geprägt hatte. Nach Llanque rekonstruiert die Ideengeschichte Theorien unter einem politischen Primat, die als Ordnungsparadigmen im Spannungsfeld von Institution und Legitima-

tion sowohl Streitbar wie umstritten und damit stets konflikthaft sind. Als *Archiv* tradiere sie die „Bestände politischen Denkens der letzten 2400 Jahre“, als *Arsenal* stelle sie „einen Fundus an Argumenten, Ideen und Modellen der Politik zur Verfügung.“ Aufgrund der Unüberschaubarkeit des Archivs mit seinen „unzähligen Rollen, Bänden, Pamphleten, Aufsätzen und Manuskripten“ präge der „Zuschnitt des Archivs“ bereits „seine Funktion als Arsenal“, insofern „die gesamte Fülle des Textmaterials“ von niemandem zur Kenntnis zu nehmen und eine Beschäftigung damit stets auf die selektive „Vorarbeit der *politischen* Ideengeschichte angewiesen“ ist (Llanque 2008: 2, Herv. d. Verf.).

Die von Llanque und anderen vorgenommene Modifizierung des *Laboratoriums* zum *Arsenal* (vgl. Bluhm/Fischer/Llanque 2011: IXf.) erschließt einen neuen metaphorischen Interpretationsraum, da im *Laboratorium der Ideen* nicht nur mehr experimentiert und kombiniert wird als im Arsenal, sondern das *Arsenal der Ideen* auch in seiner militaristischen Metaphorik eine methodologische Grundfunktion der Theorien- und Ideengeschichte einfängt, die im Begriff des *Laboratoriums* fehlt: nämlich die Funktion, Theorien (historisch) als Ergebnis von politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu verorten und damit in ihren Entstehungskontext aus Systemkonflikten zu stellen wie zugleich ihre instrumentelle Verwendung in (zeitgenössischen und aktuellen) politischen Debatten als scheinbar integre, weil mit den Weihen geistesgeschichtlicher Größe gesegnete Argumente herauszuarbeiten und kritisch zu kommentieren. Ideen sind umkämpft, gerade *das* macht sie zu Theorien.

Die Theorien- und Ideengeschichte ist somit im doppelten Sinn eine Waffe: Erstens, da die Analyse von zeitgenössischen Konflikten selbst Bestandteil politischer Auseinandersetzung war und politische Theorien intervenierend mit Blick auf die jeweilige historisch-politische Ordnung formuliert wurden, also in ihrem Entstehungskontext eigentlich Systemanalysen waren; und zweitens, da die Bezugnahme auf die Geschichte politischer Theorien in ihrer Rezeption diese selbst wieder zum Instrument werden lässt. Denn während ihr systemischer Zeitkern längst historisiert ist, bleibt ihr

intervenierendes Potenzial evident und kann insofern in veränderten politischen Kontexten neu platziert werden.

Am Beispiel der Vertragstheorien zeigt sich dieser Prozess recht anschaulich, da sie nicht nur als zentrale Argumentationsfigur zur Neubegründung der modernen Herrschaftsverhältnisse und damit zur Konstituierungsbedingung bürgerlich-liberaler Gesellschaften in Europa und Amerika seit dem 17. Jahrhundert wurden (vgl. Ottmann 2006; Kersting 1994), sondern zugleich aufgrund ihrer strukturellen Exklusionsmechanismen intensiv in der feministischen politischen Theorie im 20. Jahrhundert diskutiert wurden (vgl. Kreisky/Sauer 1997; Ludwig/Sauer/Wöhl 2009; Pateman 1988), anderseits zu Beginn des 21. Jahrhunderts in völlig modifizierter Form auf die politische Agenda treten: dies reicht von grünen Parteien in Europa, die einen „neuen“ (ökologischen) Gesellschaftsvertrag fordern, bis hin zu den nordafrikanischen Protest- und Revolutionsbewegungen, für die die Legitimationsfrage auch die nach vertraglichen Sicherungen wird – die Reinterpretations-, Instrumentalisierungs- und Kritikpotenziale sind bzw. waren dabei jeweils immens, die Differenzen zwischen ihnen auch.

Der Übergang von Realanalogien zu Instrumentalisierungen ist notwendig fließend. Denn *die Idee* – in einem Hegelschen Sinne – gibt es im *Arsenal der Ideen* nicht, weil die Pluralität von Interpretation und Rezeption einen Konsens strukturell unmöglich macht. Sie ist vielmehr eine retrospektive Konstruktion, selbst umkämpft und umstritten, die aus dem Blickwinkel der Gegenwart verstanden, dabei akzentuiert und somit nutzbar gemacht wird. Instrumentalisierung meint dabei nicht, dass sie vorsätzlich oder fahrlässig missbraucht würde, sondern lediglich, dass sie für eigene wissenschaftliche und/oder politische Zwecke in Dienst genommen wird, also die Instrumentalisierung in einem empirischen, nicht einem normativen Sinn zu verstehen ist. Aufgrund des sozialen Charakters *jeder* Idee, die bewusst oder unbewusst bestehende normative, symbolische und systemische Ordnungen in der Absicht reflektiert, verändernd oder stabilisierend auf sie einzuwirken, stehen Ideen in ihren historischen Konstellationen im Widerstreit mitein-

ander – um den Wahrheitsanspruch, aber mehr noch im Kampf um gesellschaftliche Hegemonie:

„Die (dialektischen) Diskurse, die in der Ideengeschichte zum Vorschein kommen, bekämpfen sich z. T. regelrecht, d.h., es geht hierbei nicht nur um Rationalität, sondern auch um Polemik. Es wird gekämpft um der je spezifischen Wahrheit willen.“ (Nitschke 2011: 292)

Gerinnt wiederum eine Idee zur *Leitidee* einer politischen Bewegung, einer Partei, einer Nation oder gar einer Epoche, dann konfiguriert sie ein hierarchisches Setting mit anderen Leitidee-Entwürfen, die sowohl in einem kompromissorientierten (z.B. ist die Leitidee sozialer Gerechtigkeit kompatibel mit der Leitidee globalen Friedens) wie in einem konkurrierenden Verhältnis zueinanderstehen können (z.B. ist die Leitidee des ökonomischen Liberalismus mit der des Kommunismus inkompatibel). Diese Leitideen, Tilman Mayer nennt sie „politische Grundideen“, prägen die „politische Wirklichkeit“ und formieren sich dabei immer wieder verdichtet zu „Ideenkreisen“ (Mayer 2003: 90 u. 96). Mit Blick auf die Makroepoche der Moderne sind beispielsweise die Menschen- und Bürgerrechte im Verbund mit der Demokratie als *dominante Leitideen* identifiziert worden (vgl. Bluhm 2006), der Antisemitismus hingegen als *negative Leitidee* und damit dominante Gegenerzählung (vgl. Salzborn 2010 a). In Anlehnung an Max Horkheimer und Theodor W. Adorno (1947) liegt in diesem ideengeschichtlichen Konkurrenzverhältnis eine Dialektik, die gerade auch die Ambivalenzen und Widersprüche von Theorien und Ideen inkorporiert.

In ihrer historischen Militanz wetteifern Ideen um das Potenzial, Denk- und Weltordnungen entlang ihrer Prämissen strukturieren zu können. Sie sind also im ideologiekritischen Sinn funktional mit sozialen und politischen Bewegungen verbunden, die sich für oder gegen sie einsetzen. Einmal eingegangen ins *Arsenal der Ideen*, in die überindividuelle Erinnerung geistesgeschichtlicher Reflexivität, lassen sie sich aber in der Folgezeit in geänderter Sortierung reformulieren und in Stellung bringen für den Kampf für (oder gegen) alte, neue oder revidierte Leitideen. Anschaulich wird der Kampf um ideengeschichtliche Hegemonie an der Geschichte

sozialistischer Ideen: von der „Waffe der Kritik“ (Marx 1844: 385) bei Marx und Engels (die sich freilich selbst schon bei Hegel, Feuerbach, Smith, Ricardo, Fourier und anderen bedient hatten) ausgehend, wurden aus dem *Arsenal der Ideen* so unterschiedliche Aspekte reaktiviert und mit anderen Ideen neu kombiniert, dass sich sowohl Stalin wie Luxemburg, Lenin wie Nyerere, Gramsci wie Radbruch, Neumann wie Guevara, Mao wie Renner in die Tradition von Marx und Engels stellen konnten. Die Frage, die sich in theoriengeschichtlichen Nachgeschichten insofern immer stellt, ist die nach der Legitimität: So gibt es wohl kaum eine marxistische (politische wie wissenschaftliche) Strömung, die nicht die jeweils anderen bezichtigen würde, illegitimer-, weil fehlinterpretierenderweise auf Marx und Engels Bezug zu nehmen.

Von objektiv bestimmbaren Fehlern (der Lektüre, der Übersetzung usw.) einmal abgesehen, liegt in der Legitimitätsfrage aber ein Konfliktfeld des *Arsenals selbst*: denn da dem *Arsenal der Ideen* keine höhere normative oder moralische Instanz innewohnt, bleibt seit Machiavelli und Hobbes unentschieden, wer Recht hat (vgl. Salzborn 2015 e). Entschieden werden kann offenbar nur, wer Unrecht hat und, was zentral ist, wer sich faktisch durchsetzt. So kann z.B. ideengeschichtlich wie ideologiekritisch eingewandt werden, dass Jürgen Habermas aufgrund seiner positivistischen Wendung den intellektuellen Stachel der Kritischen Theorie gezogen und sich damit objektiv von ihr verabschiedet hat; das Etikett „Kritische Theorie“ hat er trotzdem für sich behauptet, auch oder gerade wenn sein Sinn damit verkehrt wurde (vgl. Salzborn 2015 a).

Die Kämpfe um das *Arsenal der Ideen* sind folglich auch immer empirische, d.h. soziale und politische Kämpfe: wer sich in Sachen Deutungsmacht durchsetzt und wem es gelingt, soziale, politische und wissenschaftliche Bewegungen zu beeinflussen, erlangt die Hoheit über das Arsenal – freilich nur bis zur nächsten Schlacht. Insofern also die Entstehung eines konkreten politischen Konzepts oder die Formulierung eines spezifischen Gedankens explizit, konkret und präzise lokalisierbar und damit historisch bestimmbar ist und sich auch seine Wirkungsgeschichte durch die Linien direkter

und expliziter Rezeption verfolgen lässt, haben politische Theorien im Sinne eines konzeptionellen *framings* auch Vor- und Nachgeschichten, in denen sich ihre Entwicklung, teilweise über Jahrhunderte, anbahnt und die in mannigfaltigen Varianten fort- und nachwirken. Dabei verändern sich politische Überlegungen nicht nur im zeitlichen, sondern auch im räumlichen Kontext, weil die konkreten sozialen und politischen Konfliktkonstellationen variieren und Grundideen – etwa das Ideal der Freiheit oder das Ideal der Gleichheit – dabei zwar erkennbar bleiben, aber ihre jeweilige historische Konkretisierung deutlich differiert.

Politische Theoriengeschichte muss dabei, im Begriff der Lacanschen Hermeneutik, zunächst immer nach den tektonischen Eruptionen in der Ideengeschichte im engeren Sinn fahnden (vgl. Böhme 1990), um von ihnen als hermeneutische Irritationen ausgehend die Vor- und Nachgeschichte der Idee, aber mehr noch ihres sozialen und politischen Kontextes zu erforschen. Es geht damit, im Begriff von Thomas S. Kuhn (1962), um die theoriegeschichtlichen „Paradigmenwechsel“, die niemals punktuell, sondern immer nur prozessual vollzogen werden. Denn um eine Idee zu verstehen, bedarf es ihres Kontextes – in einem dreifachen Sinn: Einerseits im Verständnis der Diskursanalyse, die sich mit der intellektuellen Verwebung von theoretischen Überlegungen befasst, andererseits im Sinne des historischen Kontextualismus, der die Entstehungs- und Wirkmächtigkeit in ein „Gewebe politischer Diskurse“ (Llanque 2008) einbindet und damit ihre hermeneutischen und intertextuellen Bezüge im politischen Raum historisch konkretisiert und schließlich im Sinne einer politischen Kulturforschung, die die Entstehung, Veränderung und Attraktivität von politischen Theorien als nur aus ihrem sozialen und politischen (Bewegungs-)Kontext begreifbar ansieht. Die Referenz auf die sozialen Bewegungen ist dabei allerdings kein monokausaler oder gar quantifizierbarer, weil die politischen und sozialen Konflikte, die zur Entstehung wie zur Modifikation von politischen Theorien führen, epochaler und interkontinentaler Dimension sind, also nur in einer makroanalytischen Logik begreifbar, bei der keine einfache Wenn-Dann-Logik greift und man sich, in den Worten von